

Frankfurt/ Main. Zwei Monate nach dem negativen Entscheid um eine Olympiabewerbung Hamburgs seitens der Bürger der Hansestadt bleiben die Gründe weiterhin bisher unklar.

Über das Nein beim Hamburger Bürgerentscheid zur Bewerbung für die Olympischen und die Paralympischen Sommerspiele 2024 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen hat der Sportausschuss des Deutschen Bundestages in der vorigen Woche beraten. Dabei sei deutlich geworden, dass auch knapp zwei Monate nach dem Aus für die Bewerbung sowohl die Abgeordneten als auch die geladenen Experten keine eindeutigen Gründe für das Scheitern aufzeigen können, heißt es in einem [Bericht des Bundestags-Informationsdienstes „Heute im Bundestag“](#).

Aus Sicht von Sylvia Schenk von der Organisation Transparency International habe es an offenen Debatten gefehlt. Dies sei schon bei der Entscheidung zwischen Hamburg und Berlin zu beobachten gewesen, sagte sie. An einer fehlenden Debatte könne es nicht gelegen haben, befand hingegen Thomas Härtel, Vizepräsident des Deutschen Behindertensportverbandes (DBS). Vielmehr sei es, auch innerhalb des organisierten Sports, nicht gelungen, eine Olympiabegeisterung zu wecken.

Bernhard Schwank, Vorstandsmitglied im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), verwies darauf, dass es Zeit brauche, um eine solche Begeisterung zu entwickeln. Auch vor dem Sommermärchen, der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, habe es viele Skeptiker und Kritiker

Hamburgs "Nein" zu Olympia weiter unklar

Geschrieben von: DOSB-Pressestelle/ DL
Dienstag, 19. Januar 2016 um 19:06

gegeben und sei von Begeisterung noch nicht viel zu spüren gewesen, sagte der DOSB-Vertreter.

Seiner Ansicht nach wurde im Vorfeld des Bürgerentscheides sehr wohl versucht, den Nutzen der Olympischen Spiele für Sport und Gesellschaft deutlich zu machen. Dabei habe man auch die Lehren aus der gescheiterten Olympiabewerbung Münchens gezogen. Am Ende seien es aber Fragen der Kosten und der Finanzierung gewesen, die man offenbar nicht überzeugend habe beantworten können.

Den Vorwurf, der DOSB habe nicht deutlich gemacht, welche positiven Veränderungen die Agenda 2020 des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) mit sich brächte, wies Schwank zurück. Bei allen Veranstaltungen im Vorfeld des Entscheides sei die Agenda 2020, bei der der DOSB im Übrigen entscheidend mitgewirkt habe, ein Thema gewesen, sagte er.

Die Frage aus dem Kreis der Abgeordneten, ob eine Bürgerbefragung, der zeitnäher an der im März gefällten DOSB-Entscheidung für Hamburg als Olympiakandidaten stattgefunden hätte, möglicherweise zu einem anderen Ergebnis geführt hätte, beantwortet der Vertreter des Hamburger Senats, Christoph Holstein, mit Ja. Seiner Meinung nach hätte die damalige Euphorie in Hamburg für eine Zweidrittelmehrheit gereicht.

Woran es schließlich lag, dass es Ende November doch nicht gereicht hat, ist auch aus seiner Sicht „nicht allumfassend zu erklären“. Ein Befund sei: „Im zweiten Halbjahr 2015 kam alles zusammen“, so Holstein mit Blick auf die Korruptionsvorwürfe beim Weltfußball-Verband (Fifa), beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) und dem Weltleichtathletikverband (IAAF). Nicht ausschließen wollte der Vertreter Hamburgs auch, dass möglicherweise der Verweis auf die Chancen für die Stadtentwicklung Hamburgs durch die Spiele den Aspekt Sport dominiert hat.

Hamburgs "Nein" zu Olympia weiter unklar

Geschrieben von: DOSB-Pressestelle/ DL

Dienstag, 19. Januar 2016 um 19:06

Bei der Bundesregierung sei die Enttäuschung über das Nein der Bürger in Hamburg zu der Bewerbung sehr groß gewesen, sagte Gerhard Böhm, Abteilungsleiter Sport im Bundesinnenministerium (BMI). Zugleich machte er deutlich, dass die Entscheidung keinen negativen Auswirkungen auf die Sportförderung habe. „Wir werden die Reform der Spitzensportförderung trotzdem weiterführen“, kündigte der BMI-Vertreter an.